

5 Gesetz zur Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW (ELAGÄndG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3966

Stellungnahme 16/1113
Stellungnahme 16/1121

Vorsitzender Christian Dahm schickt voraus, zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung habe man sich per Vorratsbeschluss am 13.09.2013 auf eine schriftliche Anhörung verständigt. Die Stellungnahmen lägen vor.

Michael Hübner (SPD) bemerkt, die schriftliche Anhörung sei nicht deshalb durchgeführt worden, weil das kein guter Gesetzentwurf sei, sondern aus zeitökonomischen Gründen.

Inhaltlich werde in den Stellungnahmen dargelegt, dass den kommunalen Wünschen bei dem gemeinsamen Verhandlungsergebnis zwischen Finanzministerium und Ministerium für Inneres und Kommunales weitestgehend Rechnung getragen worden sei. Sicherlich gebe es die ein oder andere Verwerfung, aber da ließe sich noch mit den kommunalen Spitzenverbänden darüber sprechen, dass beispielsweise in der Frage der Umlagerelevanz bzw. der Rückstellungsrelevanz der entsprechenden Summen in den Umlageverbänden noch einmal ein Feinschliff erfolge. Offenbar sei das so weit gediehen, dass das zum derzeitigen Zeitpunkt zumindest keine Schwierigkeiten bereite.

Man habe in der anderen Anhörung heute teilweise auch hören können, dass das ein guter Gesetzentwurf sei und man damit auf den ganz offensichtlichen schwarzen gelben Verfassungsbruch reagiere. Es sei auf keinen Fall richtig, dass das sozusagen nicht gezahlte Zahlungen seien, die jetzt noch einmal ausgeglichen würden. Das könne man auch in den Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände deutlich nachlesen.

Kai Abruszat (FDP) will das so nicht stehen lassen, weil Herr Hübner hier ein Zerrbild zeichne. Es werde der Eindruck erweckt, als würden die kommunalen Spitzenverbände den Koalitionsfraktionen und der Landesregierung die Füße küssen, weil hier ein wunderbares ELAG auf den Weg gebracht worden. Dass das nicht stimme, wisse Herr Hübner selber.

Die Stellungnahmen der Spitzenverbände zeigten, dass auch dieser vorliegende Kompromiss allenfalls mit Zähneknirschen akzeptiert werde. Es sei nicht mehr und nicht weniger. Es gebe weitere Unzulänglichkeiten in diesem Gesetzentwurf. Man

werde, wenn man den Blick auf die Entwicklung hin zu dem Gesetzentwurf richte, auch feststellen müssen, dass bei allen Fehlern, die Landesregierungen machten, Rot-Grün es doch gewesen sei, das vehement versucht habe, die Ansprüche der Kommunen nicht freiwillig bedienen zu wollen.

Insofern sollte man sich nicht mit Federn schmücken, die keine seien.

André Kuper (CDU) schließt sich den Ausführungen seines Vorredners mit der Ergänzung an: Rot-Grün hätte von Mai 2010 bis zur Erhebung der Verfassungsbeschwerden durch die Kommunen im Februar 2011 die Gelegenheit gehabt, die Ankündigung, das Gesetz aufzuheben, umzusetzen. Das habe Rot-Grün nicht getan, wodurch die Kommunen zur Klage gezwungen worden seien. Das sollte zur Klarstellung noch einmal deutlich gesagt werden.

Der Ausschuss kommt überein, die Schlussberatung am 8. November 2013 zu führen.



Ausschuss für Kommunalpolitik

40. Sitzung (öffentlich)

11. Oktober 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:15 Uhr bis 11:50 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Entwurf einer Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den militärischen Flugplatz Geilenkirchen (Fluglärm-schutzverordnung Geilenkirchen – FluLärmGeilenkV) **5**

Vorlage 16/1161

In Verbindung mit:

Entwurf einer Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den militärischen Flugplatz Geilenkirchen

Vorlage 16/1166

Ohne Aussprache stimmt der Ausschuss der Vorlage mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

2 Eckpunkte für eine Reform des Länderfinanzausgleichs und der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen 6

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1911

Ausschussprotokoll 16/274

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss lehnt den Antrag der CDU mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der PIRATEN und der FDP ab. Das Ergebnis wird dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuss mitgeteilt.

3 Fahrplan Breitbandausbau für Nordrhein-Westfalen 7

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2280

Ausschussprotokoll 16/312

– Abstimmung gemäß Vereinbarungen der Fraktionen –

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der FDP den Antrag ab; das Ergebnis wird dem federführenden Wirtschaftsausschuss mitgeteilt.

**4 Achtung! YES; WE SCAN.
Bürger in NRW vor PRISM und anderen Überwachungsprogrammen schützen 10**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3249

Der Ausschuss verzichtet mit Blick auf die anstehende Beratung und Entscheidung des Ältestenrates über ein mögliches Sachverständigengespräch zu dem Thema auf ein Votum und will das Ergebnis des Ältestenrates dazu abwarten.

5 Gesetz zur Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW (ELAGÄndG) 11

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3966

Stellungnahme 16/1113
Stellungnahme 16/1121

Der Ausschuss kommt überein, die Schlussberatung am 8. November 2013 zu führen.

6 Gesetz zur Weiterentwicklung der politische Partizipation in den Gemeinden und zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften 13

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3967

Der Ausschuss kommt überein, zu dem oben genannten Gesetz und dem Antrag der PIRATEN Drucksache 16/3244 eine gemeinsame Anhörung mit dem Integrationsausschuss am 22.11.13, 10:00 Uhr, durchzuführen.

7 Gegen Sperrklauseln – Verbot im Kommunalwahlgesetz verankern 14

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3838

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag des Vorsitzenden überein, die Anhörung zu dem Antrag voraussichtlich am 6. Dezember 2013 durchzuführen.

8 Bundesweiter Umgang mit den Zensuszahlen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs 15

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1173

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Aussprache zur Kenntnis.

